

Stellungnahme zu den politischen Forderungen 2025 des Dachverbands Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.

Wir GRÜNE stehen für globale Gerechtigkeit und übernehmen Verantwortung für eine solidarische und nachhaltige Welt. Unser Ziel ist eine Welt, in der alle Menschen in Frieden, Freiheit und Würde leben – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Armut zu verringern, Menschenrechte zu stärken, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern sowie Umwelt und Klima zu schützen.

Unsere Entwicklungspolitik orientiert sich an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und dem Pariser Klimaabkommen. Sie verbindet ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit mit kultureller Selbstbestimmung, gewaltfreier Konfliktkultur und demokratischer Teilhabe. Denn nachhaltige Entwicklung gelingt nur, wenn ökologische Verantwortung und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen.

Wir betrachten Entwicklungspolitik als Zukunftsinvestition – für die Menschen weltweit ebenso wie für uns in Baden-Württemberg. Globale Herausforderungen wie Armut, Klimakrise oder Migration machen nicht an Landesgrenzen halt. Wer weltweit in Bildung, Entwicklung, Klimaschutz und Stabilität investiert, trägt dazu bei, Fluchtursachen zu mindern, Konflikte zu reduzieren und neue Märkte zu schaffen, wovon auch das exportstarke Baden-Württemberg profitiert.

Als wirtschaftsstarkes Land trägt Baden-Württemberg eine besondere Verantwortung für globale Gerechtigkeit und hat zugleich ein großes Interesse an stabilen, verlässlichen Partnerschaften. Seit wir GRÜNE die Landesregierung anführen, haben wir der Entwicklungspolitik des Landes neuen Schwung verliehen und sie finanziell wie strukturell kontinuierlich ausgebaut. Mit den Entwicklungspolitischen Leitlinien verfügt Baden-Württemberg seit über zehn Jahren über einen klaren Rahmen, an dem wir unser Handeln ausrichten.

Wir verstehen Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe, die in allen Ressorts verankert sein muss. Das Budget für Entwicklungspolitik haben wir seit 2011 kontinuierlich gesteigert: von rund 400.000 Euro im Jahr 2011 auf voraussichtlich über 3 Millionen Euro im Jahr 2026. Damit fördern wir sowohl Projekte in Ländern des Globalen Südens als auch die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit hier in Baden-Württemberg.

Stellungnahme zu den spezifischen Forderungen:

I. Die Zukunft der Zivilgesellschaft sichern

1. Langfristige und planbare Finanzierung für zivilgesellschaftliche Netzwerke

2. Diversität und Integration neuer Akteur*innen

3. Stärkung des Ehrenamts

Die zentrale Rolle zivilgesellschaftlicher Akteur*innen ist ein Alleinstellungsmerkmal der Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg. Sie sind von herausragender Bedeutung für die entwicklungspolitische Arbeit im Land und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu globaler Gerechtigkeit sowie zur Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit vor Ort. In mehr als 1.000 Initiativen, Vereinen und Organisationen engagieren sich über 10.000 Menschen für nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit. Wir sind stolz auf diese aktive und vielfältige entwicklungspolitische Zivilgesellschaft.

Die Stärkung dieser zivilgesellschaftlichen Strukturen ist für uns GRÜNE daher ein zentrales Anliegen. Seit unserer Regierungsübernahme haben wir die finanzielle Ausstattung entwicklungspolitischer Organisationen verbessert und ihre Beteiligung an der entwicklungspolitischen Landespolitik systematisch ausgebaut. Mit regelmäßigen entwicklungspolitischen Landeskonferenzen, der Einrichtung des Rates für Entwicklungszusammenarbeit und der gezielten Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen haben wir Austausch, Mitwirkungen und die institutionelle Verankerung ihrer Expertise gestärkt. In Kooperation mit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit fördern wir zudem gezielt zivilgesellschaftliche Graswurzelprojekte.

Auch künftig setzen wir uns dafür ein, zivilgesellschaftliche Akteur*innen strukturell und finanziell weiter zu stärken und sie noch enger in die entwicklungspolitische Landespolitik einzubinden. Wir treten für den Erhalt der Bundes-Kofinanzierung des Eine-Welt-Promotor*innen-Programms ein und wollen das Interkulturelle Promotor*innen-Programm gezielt ausbauen. Zudem streben wir einen erleichterten Zugang zu Fördermitteln für entwicklungspolitische Initiativen an und wollen die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globales Lernen weiter stärken (s. unten). Den Rat für Entwicklungszusammenarbeit wollen wir fortführen.

Der Einbezug migrantischer Perspektiven und junger Stimmen war und ist ein zentrales Element unserer Entwicklungspolitik. Deshalb haben wir migrantisch-diasporische und (post-)migrantische Organisationen gezielt gefördert und Maßnahmen unterstützt, die ihren Zugang zu Fördermitteln verbessern. Das Interkulturelle Promotor*innen-Programm wollen wir ausbauen, um migrantischen Stimmen mehr Gehör zu verschaffen. (mehr zum Thema migrantisch-diasporisches Engagement unter IV.)

Wir GRÜNE wissen um die zentrale Bedeutung des Ehrenamts, gerade auch im entwicklungspolitischen Bereich. Ehrenamtliches Engagement ist ein tragender Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Baden-Württemberg. Fast die Hälfte der Menschen im Land engagiert sich freiwillig, sei es im Sport- oder Musikverein, in der Kultur, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in Weltläden. Dieses vielfältige Engagement stärkt Demokratie, Gemeinschaft und Integration.

Deshalb wollen wir die Ehrenamtskarte weiterentwickeln und durch zusätzliche Vorteile im Kultur- und Freizeitbereich aufwerten. Ein Schwerpunkt liegt auf der besseren

Vereinbarkeit von Ehrenamt und Ausbildung, Studium und Beruf. Das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit (JArbEhrStärkG BW) möchten wir weiterentwickeln, unter anderem mit einem stärkeren Fokus auf Auszubildende und Studierende. Bürokratische Hürden wollen wir abbauen und digitale Verfahren ausbauen, damit ehrenamtliches Engagement mit weniger Verwaltungsaufwand verbunden ist. Unser Ziel sind verlässliche Rahmenbedingungen, um insbesondere junge und neu zugewanderte Menschen für das Ehrenamt zu gewinnen.

Darüber setzen wir uns für die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Ziviles Engagement und Ehrenamt“ ein. Unter breiter gesellschaftlicher Beteiligung soll sie Lösungen erarbeiten, wie sich freiwilliges Engagement besser mit Berufs- und Familienleben vereinbaren lässt. Die Ehrenamtsoffensive möchten wir fortführen und dabei den Fokus besonders auf ältere Menschen legen. Auch das kommunalpolitische Ehrenamt wollen wir durch gezielte Fortbildungen und Schulungen stärken. Seniorenräte sollen unterstützt sowie Maßnahmen zur Gewaltprävention und zur Sensibilisierung für Risiken im Ehrenamt gefördert werden.

Insgesamt verfolgen wir GRÜNE das Leitbild, Ehrenamt nicht nur wertzuschätzen, sondern konkret zu erleichtern und dauerhaft zu stärken: durch Anerkennung, sinnvolle Vorteile, entlastende Prozesse und verlässliche Rahmenbedingungen. So bleibt Engagement attraktiv und ermöglicht echte Teilhabe.

II. Bereich Globales Lernen / Bildung für Nachhaltige Entwicklung

- 1. Finanzielle und strukturelle Förderung von BNE und Globalem Lernen in allen Bildungsbereichen sicherstellen: Verbindlichkeit der Implementierung erhöhen**
- 2. Qualifizierungs- und Beratungsangebote im Bereich Globales Lernen, BNE, Friedens- und Demokratiebildung ausbauen**
- 3. Vernetzung und Förderung außerschulischer Bildungsakteur*innen vorantreiben**
- 4. Dekoloniale Transformation institutioneller Strukturen**

Globales Lernen und Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) sind zentral, um Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu schaffen und Verantwortung zu stärken. Mit der Landesstrategie „BNE BW 2030“ haben wir einen verbindlichen strategischen Rahmen geschaffen, um BNE in Baden-Württemberg strukturell zu verankern, ressortübergreifend zu koordinieren und die Vernetzung der vielfältigen BNE-Akteur*innen im Land zu stärken. Unser Ziel ist es, BNE als dauerhafte Querschnittsaufgabe in allen Bildungsbereichen und Politikfeldern zu etablieren und ihre Sichtbarkeit weiter zu erhöhen.

In den vergangenen Jahren haben wir GRÜNE Globales Lernen und BNE entlang der gesamten Bildungskette sowie in der non-formalen und informellen Bildung gestärkt. In den Bildungsplänen ist BNE als fächerübergreifende Leitperspektive verankert. Zum Schuljahr 2025/2026 wurde das neunjährige Gymnasium in Baden-Württemberg wieder

als Regelform eingeführt, aufwachsend beginnend mit den Klassen 5 und 6. Das weiterentwickelte G9 umfasst dabei fünf zentrale Innovationselemente, darunter die gezielte Stärkung der Demokratiebildung. Die Schule hat den Auftrag, junge Menschen zu verantwortungsbewusstem Handeln in einer demokratischen und nachhaltigen Gesellschaft zu befähigen. Deshalb wird BNE im Kontext der Leitperspektiven Demokratiebildung hier gezielt weiter gestärkt. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf projekt- und praxisorientiertem Lernen. Auf das fächerübergreifende Fundament der Demokratiebildung in der Unterstufe, verankert durch verbindliche Klassenlehrerstunden in den Klassen 5 und 6, folgt in der Mittelstufe ein deutlicher Schwerpunkt auf BNE. Dieser wird insbesondere über projektorientierten Unterricht im Ankerfach Geographie umgesetzt. So erwerben Schüler*innen zentrale Kompetenzen, um globale Herausforderungen aktiv mitzugestalten. Zehn Jahre nach Einführung der Leitperspektive wollen wir ihre Umsetzung evaluieren, ihre Anwendung in der Unterrichtspraxis weiterentwickeln und verbindlicher gestalten.

Die aktuellen Bildungspläne unterstreichen die klare Ablehnung von Rassismus und Kolonialismus und verankert diese Themen in den inhaltsbezogenen Kompetenzen über mehrere Jahrgangsstufen hinweg. In Zukunft wollen wir die Erinnerungskultur weiter stärken und stellen uns Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in jeder Form klar entgegen. Jede*r Schüler*in soll im Laufe der Schullaufbahn mindestens eine Gedenkstätte zu nationalsozialistischen Gewaltverbrechen besuchen. Die bestehenden Fördermöglichkeiten für Gedenkstättenfahrten wollen wir ausbauen, vereinfachen und den Schulen im Land künftig ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand zur Verfügung stellen.

Auch in der Erwachsenenbildung ist unser zentrales Ziel, Bildung für nachhaltige Entwicklung dauerhaft in den Strukturen zu verankern. Dazu werden wir bestehende Förderlinien weiterführen und bedarfsgerecht weiterentwickeln, sodass Träger Planungssicherheit erhalten und zielgruppenorientierte BNE-Angebote nachhaltig aufbauen können. Ein besonderer Fokus liegt auf der Qualifizierung von Lehrenden und Multiplikator*innen sowie auf der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung von BNE-Angeboten.

Darüber hinaus unterstützt das Land die enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Bereich Globales Lernen/BNE, den Aufbau und die Weiterentwicklung von Netzwerken, Austauschformaten und gemeinsamen Plattformen, um Best-Practice-Beispiele sichtbar zu machen und den Wissenstransfer zwischen Trägern zu stärken. Die Entwicklung eines Zertifizierungssystems im Sinne eines „Whole Institution Approach“ trägt dazu bei, BNE als normatives Bildungskonzept in der Erwachsenenbildung zu verankern und Nachhaltigkeit als Querschnittsthema in Organisationen wirksam werden zu lassen.

Baden-Württemberg stellt sich seiner kolonialen Vergangenheit. Die kritische Auseinandersetzung damit ist ein zentrales Element und fester Bestandteil der Lehrpläne und Lehrmaterialien an unseren Schulen und Universitäten. Auch bei Aus-

und Fortbildungen von Lehrkräften möchten wir das Thema in Zukunft noch stärker verankern. Zudem werden wir die kritische Auseinandersetzung mit unserer kolonialen Vergangenheit im Hinblick auf Denkmäler, Straßennamen, Gebäude und Institutionen ausbauen. Wir unterstützen Museen und Einrichtungen dabei, weiterhin konsequent und transparent aufzuarbeiten, woher die Objekte in ihren Sammlungen stammen. Unser Ziel ist es, unrechtmäßig erworbene Kulturgüter zu identifizieren und zurückzugeben. Dafür stärken wir unsere Gesamtstrategie „Koloniale Verantwortung“ sowie die auf koloniale Aufarbeitung ausgerichtete Namibia-Initiative. Nach deren Vorbild fördern wir auch die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte unseres Landespartners Burundi.

III. Gerechtes Wirtschaften in den planetaren Grenzen

- 1. Bei öffentlichen Beschaffungen konsequent Sozial- und Umweltstandards anwenden**
- 2. Auf Bundes-, europäischer und internationaler Ebene verbindliche Regeln zum Schutz der Menschenrechte in der Wirtschaft unterstützen**
- 3. Nachhaltige Rohstoffpolitik für Menschenrechte, Umwelt und Klima implementieren**

Wir GRÜNE setzen uns für ein Wirtschaftssystem ein, das den Menschen dient, die planetaren Grenzen achtet und globale Verantwortung übernimmt. Das heutige internationale Wirtschafts- und Handelssystem ist vielfach ungerecht: Während wenige vom globalen Reichtum profitieren, tragen viele – insbesondere am Anfang der Lieferketten – die sozialen und ökologischen Kosten. Dem setzen wir eine faire, nachhaltige und regelbasierte Wirtschafts- und Handelspolitik entgegen.

Unsere Leitlinie ist klar: Wirtschaftlicher Erfolg darf nicht auf Kosten von Menschenrechten, Umwelt- und Sozialstandards gehen. Wir sind uns der großen Verantwortung Baden-Württembergs als wirtschaftsstarkes, exportorientiertes und ressourcenverbrauchendes Bundesland bewusst. Mit der 2022 neu ausgerichteten Nachhaltigkeitsstrategie haben wir den Nachhaltigkeitsgedanken im Land gestärkt. Außenwirtschaftsförderung, Nachhaltigkeitspolitik und Entwicklungspolitik denken wir gemeinsam.

Fairer Welthandel beginnt vor Ort, auch in Rathäusern und Landeseinrichtungen. Mit ihren Beschaffungen stellen öffentliche Verwaltungen einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar und können zu globaler Gerechtigkeit beitragen. Wir sind überzeugt: Die Landesverwaltung muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Mit der im Jahr 2024 beschlossenen Verwaltungsvorschrift Beschaffung haben wir die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Beschaffungen weiter gestärkt. Kommunen und Landesbetriebe wollen wir durch praxisnahe Beratung, Schulungsangebote und einen besseren Zugang zu entsprechenden Produkten unterstützen.

Auf Bundes- und Europaebene haben wir uns für ambitionierte Lieferkettengesetze stark gemacht und kämpfen auch weiterhin für den Erhalt des Europäischen Lieferkettengesetzes. Gerade für ein exportorientiertes Land wie Baden-Württemberg sind transparente, resiliente und nachhaltige Lieferketten von entscheidender Bedeutung. Sie schützen nicht nur Menschenrechte und Umwelt, sondern erhöhen auch die wirtschaftliche Stabilität und reduzieren geopolitische Abhängigkeiten. In der aktuellen Debatte um Deregulierung gilt für uns: Bürokratieabbau ja, aber nicht auf Kosten von Menschenrechten, Umwelt- und Arbeitsstandards. Das Europäische Lieferkettengesetz muss gleichzeitig praxistauglich, rechtssicher und bürokratiearm umgesetzt werden, damit nachhaltiges Wirtschaften zu einem Wettbewerbsvorteil wird.

Auch der Ausbau und die Förderung des Fairen Handels haben für uns GRÜNE hohe Priorität. Mit über 230 Weltläden und zahlreichen Initiativen ist Baden-Württemberg bundesweit Vorreiter. Die vom Land geförderte Fair Handeln Messe in Stuttgart ist ein zentraler Treffpunkt für Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik. Kampagnen wie Fairtrade-Towns, Fairtrade-Schools und Fairtrade-Universities haben wir aktiv unterstützt und ausgebaut. Diesen Weg wollen wir fortsetzen: durch verlässliche Förderung, stärkere Einbindung fair gehandelter Produkte in die öffentliche Beschaffung und durch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen.

Als industriestarkes Land mit hohem Ressourcenverbrauch ist eine nachhaltige und zukunftsfähige Rohstoffpolitik für uns in Baden-Württemberg zentral. Eine solche Rohstoffpolitik muss ökologische, soziale und menschenrechtliche Auswirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette berücksichtigen. Wir wollen Baden-Württemberg unabhängiger von kritischen Rohstoffimporten machen – durch heimische Gewinnung und eine starke Kreislaufwirtschaft, die wertvolle Materialien immer wieder nutzbar macht.

IV. Migrantisches Engagement und Dekolonialität

- 1. Gerechter Zugang zu Ressourcen und gleichberechtigte Teilhabe**
- 2. Abbau von Bildungsbarrieren und Förderung akademischer Kooperationen**
- 3. Bekämpfung von Rassismus und gesellschaftliche Transformation**
- 4. Gerechte Fachkräftemobilität und verantwortungsvolle Kooperation**

Wir GRÜNE sind überzeugt: Migrantisch-diasporische und (post-)migrantische Organisationen sind zentrale Akteure bei der Ausgestaltung der Entwicklungspolitik des Landes. Ihre fachliche Expertise, ihre Erfahrungen und ihre transnationalen Netzwerke sind zentrale Stellschrauben, um in der breiten Gesellschaft das Verständnis für globale Ungleichheiten und die Auswirkungen unserer kolonialen Vergangenheit zu vertiefen.

Deshalb haben wir uns in der Vergangenheit verstärkt dafür eingesetzt, migrantische Perspektiven – genauso wie junge Perspektiven – stärker in (entwicklungs-)politische Entscheidungsprozesse des Landes einzubeziehen und echte Mitgestaltung zu ermöglichen. Um bestehende Hürden beim Zugang zu Förderprogrammen für migrantisch-diasporische Organisationen abzubauen, wurden auf unsere Initiative hin

Projektmittel zur Analyse von Zugangsbarrieren für (post-)migrantische Organisationen bereitgestellt. Ziel ist es, Förderkriterien transparenter zu gestalten und Verfahren zu vereinfachen. Darüber hinaus haben wir das Interkulturelle Promotor*innen-Programm politisch gestärkt und finanziell abgesichert. Mit diesem Programm fördern wir die Teilhabe von Migrant*innen und tragen zur besseren Vernetzung von (post-)migrantischen Akteur*innen bei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir weiter ausbauen.

Um den akademischen Austausch zwischen Baden-Württemberg und den Ländern des Globalen Südens auf Augenhöhe zu ermöglichen, setzen wir uns für die Abschaffung der Studiengebühren für internationale Studierende an baden-württembergischen Hochschulen ein. Gleichzeitig wollen wir internationale Hochschulpartnerschaften ausbauen.

Wir stellen uns entschlossen gegen Rassismus, Antisemitismus und jegliche Form von Diskriminierung. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung von Antidiskriminierungsprojekten im ganzen Land ein. Wir bauen ein Präventionsnetzwerk gegen Hasskriminalität auf und sorgen für eine verlässliche Finanzierung von Beratungsstellen und Projekten. Wir wissen, dass Menschen aufgrund von Überschneidungen mehrerer Identitätsmerkmale besonders benachteiligt werden. Darum richten wir unsere Maßnahmen gegen Diskriminierung intersektional aus.

Wir stehen für ein Baden-Württemberg, das seine Vielfalt als Stärke begreift. Ein Land, in dem Menschen mit Migrationsgeschichte echte und gleiche Chancen auf Teilhabe haben und selbstverständlich Teil unserer Gesellschaft sind. Dazu gehört auch eine positive und realitätsnahe Erzählung von Migration. Teilhabe in Bildung, Arbeit, Politik und Gesellschaft muss selbstverständlich sein. Deshalb möchten wir vor allem die Integration von Kindern mit Migrationsgeschichte und Fluchterfahrung an unseren Schulen stärken. Für uns ist außerdem unverhandelbar, dass Rechte und Gesetze für alle Menschen gelten, egal, ob hier geboren oder zugewandert.

Als wirtschaftsstarkes und exportorientiertes Bundesland ist Baden-Württemberg auf internationale Fachkräfte angewiesen. Für uns gilt: Fachkräftemigration muss fair, partnerschaftlich und im Sinne globaler Gerechtigkeit gestaltet werden. Schon jetzt haben wir Partnerschaften verhandelt, um Fachkräften den Weg nach Baden-Württemberg zu erleichtern. Auch in Zukunft werden wir Fachkräfte- und Bildungsk Kooperationen, wie sie beispielsweise mit dem indischen Bundesstaat Maharashtra bestehen, ausbauen. Die Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften ist ein großer Erfolg und trägt dazu bei, den Arbeits- und Fachkräftemangel zu mindern. Diesen Ansatz der legalen Einwanderung wollen wir fortführen. Dazu unterstützen wir Maßnahmen zur Vorintegration wie den deutschen Erwerb der deutschen Sprache im Heimatland. Wir setzen uns für eine passgenaue Vermittlung zwischen Betrieben und potenziellen Arbeitskräften aus dem Ausland ein und werden die staatliche Steuerung im Bereich Matching ausbauen. Um die Integration zugewanderter Arbeitskräfte zu stärken, werden wir Angebote schaffen, die gegenseitigen Austausch, Qualifizierung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Dabei spielen die interkulturellen Promotor*innen eine zentrale Rolle – sowohl für die Integration neuer Arbeitskräfte als auch der bereits hier lebenden Menschen.

V. Stärken von Internationalen (Schul-)Partnerschaften

- 1. Stärkung internationaler Partnerschaften durch angemessene Ressourcen und gleichwertige Strukturen**
- 2. Ausbau der AMAHORO Landespartnerschaft mit Burundi**
- 3. Förderung von Partnerschaften mit dem Globalen Süden (in allen Sektoren)**
- 4. Berücksichtigung der UN-Nachhaltigkeitsziele in internationalen Beziehungen**
- 5. Verbindliche Berücksichtigung von Perspektiven aus dem Globalen Süden**

In Zeiten globaler Umbrüche sind faire und tragfähige Partnerschaften der Schlüssel zu mehr Stabilität und Sicherheit. Unsere Entwicklungspolitik schafft die Basis für solche Partnerschaften und zielt auf strukturelle Veränderungen ab, von denen langfristig alle profitieren. Bei unseren internationalen Partnerschaften legen wir den Fokus auf die Wahrung der Menschenrechte, die Chancengleichheit für Frauen, den verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und die Förderung der Demokratie. Grundlage unserer internationalen Partnerschaften sind die UN-Nachhaltigkeitsziele, an denen wir unser Handeln ausrichten. Unser Verständnis von internationalen Partnerschaften zielt darauf ab, Eigenständigkeit zu fördern und die durch Kolonialismus und jahrzehntelange Ausbeutung entstandenen Ungleichgewichte zu überwinden. Entwicklungspolitik bedeutet für uns nicht, im Globalen Süden symbolisch Brunnen zu bauen, sondern langfristige Partnerschaften auf Augenhöhe zu fördern, die nachhaltige Strukturen schaffen. Dazu gehört vor allem die Wahrung der beiderseitigen Interessen und Bedürfnisse sowie die Auseinandersetzung mit den Ursachen globaler Ungleichgewichte.

Bereits bestehende Partnerschaften – sei es auf Landesebene, zwischen Kommunen oder Städten, zwischen Schulen oder Hochschulen, zwischen Kirchen oder zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen – möchten wir ausbauen und stärken. Zudem möchten wir dazu beitragen, dass neue Partnerschaften geschlossen werden.

Die AMAHORO Landespartnerschaft mit Burundi ist ein gelungenes Beispiel für eine Partnerschaft auf Augenhöhe. Seit über 40 Jahren hat sich ein starkes Netzwerk gebildet, das den offenen Austausch und die Zusammenarbeit in Bereichen wie Gesundheit, Klimaschutz und kommunale Daseinsvorsorge fördert. Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, die Landespartnerschaft kontinuierlich weiterzuentwickeln, und waren maßgeblich an der Gründung der „Académie de l’Amitié“ beteiligt. In Zukunft wollen wir insbesondere den Jugendaustausch mit Burundi und die Zusammenarbeit mit der burundischen Zivilgesellschaft vertiefen. Die bestehenden Cluster der Partnerschaft wollen wir verstetigen und neue aufbauen.

Neben der Landespartnerschaft mit Burundi spielt für uns vor allem auch die Partnerschaft mit dem Nordirak eine besondere Rolle. Nachdem Baden-Württemberg

2015 im Rahmen eines Sonderkontingents über 1.000 jesidische Frauen und Kinder aufgenommen hat, möchten wir ein neues Sonderprogramm auflegen und insbesondere den noch ausstehenden Familiennachzug ermöglichen. Im Nordirak arbeiten wir eng mit den Regionen Dohuk und Sinjar zusammen, um die Situation der vertriebenen Jesid*innen zu verbessern. Dort stärken wir die psychosoziale Hilfe für Jesid*innen, allen voran für Frauen. Diese Zusammenarbeit wollen wir weiter ausbauen und die lokalen Akteur*innen gezielt stärken. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Jesid*innen, die den Völkermord des sogenannten Islamischen Staats überlebt haben, nicht abgeschoben werden.

Die Berücksichtigung der Perspektiven des Globalen Südens ist seit 2013 fest in den entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes verankert. Viele (migrantische) zivilgesellschaftliche Akteur*innen leisten einen wichtigen Beitrag, um Stimmen und Perspektiven aus dem Globalen Süden systematisch in Kooperationen einzubeziehen. Menschen mit Migrationsgeschichte und Diasporagemeinschaften in Baden-Württemberg sind dabei wichtige Brückenbauer. BNE ist für uns ein zentraler Schlüssel, um in der breiten Bevölkerung das Bewusstsein für globale Ungleichheiten und die Perspektive der Länder des Globalen Südens zu schaffen.

VI. Klimagerechtigkeit in Baden-Württemberg - Eine machtkritische Perspektive

- 1. Klimagerechtigkeit gesetzlich verankern**
- 2. Globale Verantwortung durch faire Partnerschaften übernehmen**
- 3. Soziale Gerechtigkeit in der Mobilitäts- und Konsumpolitik**
- 4. Klimaschutz in der Wohnpolitik mitdenken**

Baden-Württemberg verfügt bereits heute über eines der ambitioniertesten Klimaschutzgesetze Deutschlands. Mit verbindlichen Sektorzielen, einem klaren Zielpfad zur Klimaneutralität 2040, einem gesetzlichen Nachsteuerungsmechanismus, einem Klimavorbehalt für Förderprogramme sowie einem unabhängigen Klimasachverständigenrat ist Klimaschutz in Baden-Württemberg rechtsverbindlich und überprüfbar ausgestaltet.

Klimagerechtigkeit ist für uns dabei kein Schlagwort, sondern gelebte Praxis: Klimaschutzmaßnahmen müssen sozial ausgewogen, wirtschaftlich tragfähig und generationengerecht sein. Deshalb setzen wir auf öffentliche Investitionen, gezielte Förderprogramme und eine starke Unterstützung der Kommunen – etwa durch die verpflichtende kommunale Wärmeplanung, die mit Landesmitteln unterlegt ist.

Die Empfehlungen des Klimasachverständigenrats nehmen wir ernst und beziehen sie systematisch in die Weiterentwicklung unserer Maßnahmen ein. Wo Zielverfehlungen drohen, greift der gesetzlich verankerte Nachsteuerungsmechanismus.

Regelungen wie das Dienstwagenprivileg, die Entfernungspauschale oder die Subventionierung des Luftverkehrs fallen in die Zuständigkeit des Bundes. Als Grüne setzen wir uns dort klar für deren klimagerechte Reform ein. Auf Landesebene konzentrieren wir uns auf die Instrumente, für die wir Verantwortung tragen – etwa

Genehmigungsbeschleunigung, Ausbau der Erneuerbaren, Wärmewende und kommunale Unterstützung.

Für uns gilt: Klimaschutz ist nicht nur ökologisch notwendig, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen.

Wir setzen uns dafür ein, internationale Partnerschaften für Klimaschutz und Klimaanpassung konsequent weiter auszubauen. In der von Baden-Württemberg mitinitiierten „Under2Coalition“ engagieren wir uns aktiv dafür, ambitionierte Klimaziele auf subnationaler Ebene weltweit voranzubringen und voneinander zu lernen. Diese Zusammenarbeit wollen wir weiter vertiefen. Auch die Landespartnerschaft mit Burundi entwickeln wir gezielt weiter. Insbesondere in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Nutzung erneuerbarer Energien wollen wir bestehende Cluster stärken. (mehr zur Landespartnerschaft mit Burundi unter V.)

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche, kulturelle und berufliche Teilhabe. Sie muss für alle alltagstauglich, klimafreundlich, barrierefrei und bezahlbar sein – in der Stadt wie auf dem Land. Besonders Menschen mit geringem Einkommen, Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen sind auf verlässliche, bezahlbare und umfassend barrierefreie Mobilitätsangebote angewiesen. In den vergangenen 15 Jahren haben wir den Bus- und Bahnverkehr ausgebaut und ihn deutlich günstiger und einfacher gemacht. Mit dem „BW-Tarif“, dem „Deutschlandticket“ und dem „D-Ticket JugendBW“ ist Bus- und Bahnfahren so günstig und einfach wie nie zuvor. Dafür setzen wir uns auch künftig ein. Tarife müssen für alle bezahlbar bleiben und das Angebot muss weiter wachsen. Grundlage dafür ist die konsequente Umsetzung der ÖPNV-Strategie 2030 mit einem besonderen Schwerpunkt auf den ländlichen Raum. Denn ein gut ausgebauter, barrierefreier, zuverlässiger und bezahlbarer ÖPNV führt nicht nur zu mehr Klimaschutz und weniger Autoverkehr auf den Straßen und damit zu mehr Sicherheit für alle, sondern er ist auch die Basis für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe.

Nachhaltiges Konsumverhalten wollen wir gezielt fördern. Dazu gehören eine stärkere Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit ebenso wie eine konsequente Unterstützung des Fairen Handels. Den Fairen Handel in Baden-Württemberg wollen wir weiter ausbauen und entsprechende Initiativen stärken (mehr zum Thema Fairer Handel unter III).

Wir stehen für eine Wohnpolitik, die alle Bürger*innen im Blick hat. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen für sie bezahlbaren und zu den eigenen Bedarfen passenden Wohnraum finden. Und: Dass auch im Bauen und Wohnen Klima und Nachhaltigkeit mitgedacht werden, denn der Hebel ist groß. 40 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen stammen aus der Bau- und Gebäudebranche. Deshalb machen wir uns für Umbau und Umnutzung von Bestandsgebäuden stark, für die Wiederverwendung von Bauteilen und den Einsatz nachhaltiger Baustoffe. Und für klare Regeln zu Klimaschutz und Klimaanpassung in der Landes- und Regionalplanung. Mit der Landeswohnraumförderung haben wir in dieser Legislaturperiode mehr als 18.000

Wohnungen geschaffen, die vergünstigt Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung stehen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

VII. Friedensbildung ausbauen und Rüstungsexporte eindämmen

- 1. Friedensbildung stärken**
- 2. Zivile Konfliktbearbeitung ausbauen**
- 3. Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete stoppen**

Der Überfall Russlands auf die Ukraine im Jahr 2022 markiert eine sicherheitspolitische Zäsur für Europa. Er hat uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist. Freiheit, Sicherheit und die Wahrung von Menschenrechten müssen immer wieder neu verteidigt und gestärkt werden. Zugleich hat die russische Invasion die zentrale Bedeutung des europäischen Projekts als Garant für Frieden unterstrichen. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Denn Russland greift nicht nur einen souveränen Staat an, sondern stellt auch die europäische Friedensordnung und unsere gemeinsamen Werte infrage. Die Aggression richtet sich dabei nicht nur gegen die Ukraine. Auch in Baden-Württemberg sind wir hybriden Bedrohungen wie Cyberangriffen, Desinformation, Spionage und Angriffen auf kritische Infrastruktur ausgesetzt.

Wir sind überzeugt: Ein starkes Deutschland und ein handlungsfähiges Europa sind in der Lage, Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Unser Leitbild bleibt eine Friedens- und Sicherheitspolitik, die auf Multilateralismus, regelbasierte Zusammenarbeit, aktive Diplomatie und fairen Handel setzt. Auf Bundesebene verfolgen wir GRÜNE einen umfassenden Ansatz in der Außenpolitik, der menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt stellt, Konfliktursachen vorbeugt und zivile Krisenprävention sowie Konfliktbearbeitung stärkt.

Gleichzeitig gilt: Wir müssen im Rahmen unserer Bündnisverpflichtungen im Ernstfall in der Lage sein, unser Bündnisgebiet auch militärisch zu verteidigen. Laut führender Sicherheitsexperten ist ein russischer Angriff auf NATO-Gebiet in den nächsten vier Jahren möglich. Eine glaubwürdige Abschreckung ist notwendig, um militärische Angriffe zu verhindern. Deshalb investieren wir in unsere Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten und stärken die EU als sicherheitspolitische Akteurin. Unser Ziel ist es, durch Wehrhaftigkeit Frieden zu sichern und Eskalationen vorzubeugen.

Die veränderte sicherheitspolitische Lage und die Rückkehr von Krieg auf dem europäischen Kontinent lösen bei vielen Menschen berechtigte Sorgen aus. Umso wichtiger ist es, diese Entwicklungen politisch und gesellschaftlich verantwortungsvoll zu begleiten. Gerade junge Menschen brauchen Räume, in denen sie Fragen zu Krieg, Frieden, Sicherheit und Demokratie altersgerecht diskutieren und einordnen können. Friedensbildung ist deshalb ein zentraler Bestandteil der politischen Bildung sowie der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit in Baden-Württemberg. Die Servicestelle Friedensbildung unterstützt Lehrkräfte mit Unterrichtsmaterialien und Fortbildungsangeboten zur Behandlung dieser Themen.

Internationale Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen erodieren seit Jahren in vielen Bereichen. Auf Bundesebene unterstützen wir GRÜNE weiterhin internationale Abrüstungsinitiativen und setzen uns für eine präventive und humanitäre Rüstungskontrolle ein, um neue Waffentechnologien zu regulieren. Für alle Rüstungsexporte gilt: Das humanitäre Völkerrecht muss respektiert werden! Wir stehen für eine verantwortungsvolle Rüstungsexportkontrolle, die zum Schutz unserer Partner beiträgt und verhindert, dass mit deutschen und europäischen Waffen Menschenrechte verletzt und autokratische oder diktatorische Regimes unterstützt werden. Auf Bundesebene wollen wir GRÜNE klare, transparente und an Menschenrechten, unseren Werten und Sicherheitsinteressen orientierte Kriterien für Rüstungsexporte stärker verankern.

VIII. Strukturelle Förderung des Engagements für globale Gerechtigkeit

- 1. Dauerhafte und nachhaltige finanzielle Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg**
- 2. Strukturelle Absicherung und Planungssicherheit**
- 3. Absicherung des Eine Welt- und des Interkulturellen Promotor*innen-Programms**

Die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der entwicklungspolitischen Landschaft in Baden-Württemberg leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes. Organisationen wie der Dachverband entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB), die Stiftung entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) sowie zahlreiche weitere Initiativen und Vereine sind eine tragende Säule des Engagements für globale Gerechtigkeit im Land. Ohne ihr Engagement wäre die entwicklungspolitische Arbeit des Landes in dieser Breite und Tiefe nicht möglich. Mit ihren vielfältigen Programmen erreichen sie Menschen unterschiedlicher Altersgruppen und Lebensrealitäten. Sie schaffen Räume für Bildung, Dialog und Vernetzung und stärken das Bewusstsein für globale Ungleichheiten, nachhaltige Entwicklung und die Auswirkungen des eigenen Handelns.

Für uns GRÜNE ist klar: Dieses Engagement braucht verlässliche strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in künftigen Haushalten ausreichend Mittel für entwicklungspolitische Akteur*innen und Projekte zur Verfügung stehen. Zugleich wissen wir, dass die Ausgestaltung öffentlicher Förderverfahren häufig mit Planungsunsicherheit verbunden ist. Kurze Bewilligungszeiträume und projektbezogene Förderlogiken erschweren Personalbindung, strategische Weiterentwicklung und langfristige Partnerschaften. Deshalb treten wir weiterhin mit Nachdruck für eine stabile und verlässliche Finanzierung entwicklungspolitischer Arbeit ein.

Ebenso wichtig ist uns die enge Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in die Weiterentwicklung der entwicklungspolitischen Landespolitik. Das Eine-Welt-Promotor*innen-Programm und das Interkulturelle Promotor*innen-Programm sind

zentrale Bestandteile der entwicklungspolitischen Landschaft in Baden-Württemberg. Wir setzen uns klar für die Weiterführung beider Programme ein. Beim Eine-Welt-Promotor*innen-Programm engagieren wir uns auf Bundesebene für den Erhalt der Bundes-Kofinanzierung. Das Interkulturelle Promotor*innen-Programm wollen wir angemessen finanzieren und gezielt weiterentwickeln.